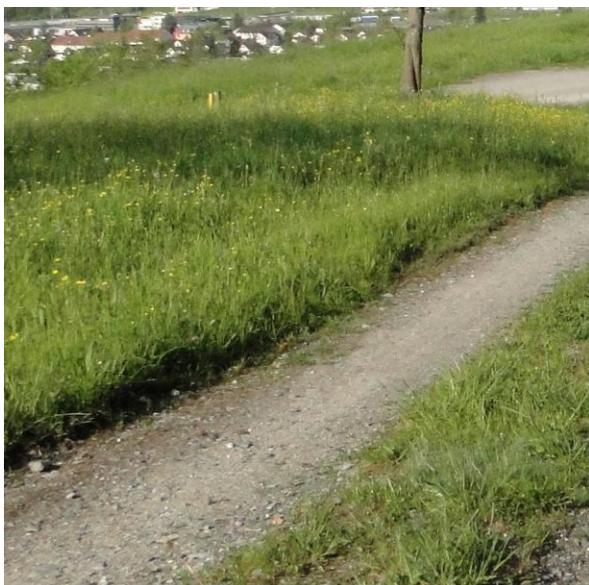
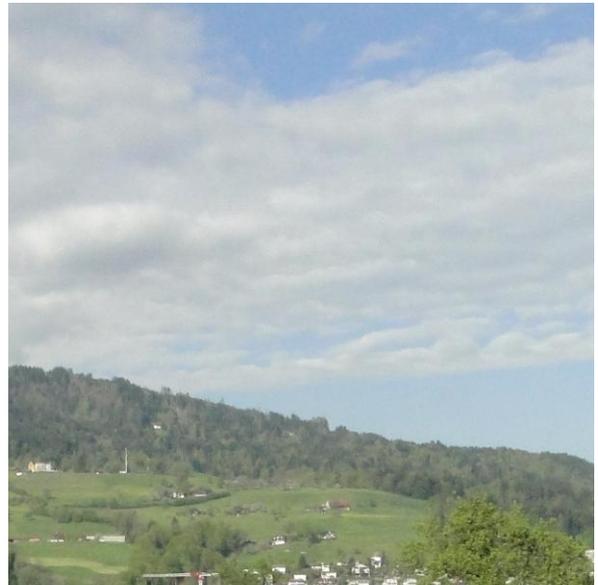
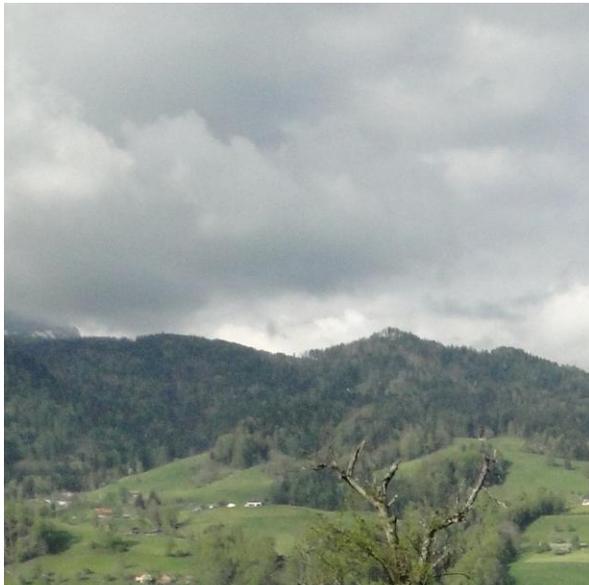


GEMEINDERAT
Bericht und Antrag

Nr. 1499
vom 8. August 2013
an Einwohnerrat von Horw
betreffend Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten
Bau- und Sonderkredite



Inhaltsverzeichnis

1	Ausgangslage	3
2	Motionen.....	3
2.1	Vor mehr als 12 Monaten erheblich erklärte Motionen (Art. 74 Abs. 10).....	3
3	Postulate	4
3.1.0	Vor mehr als 12 Monaten überwiesene Postulate (Art. 75 Abs. 8)	4
3.2	Im Amtsjahr 2012/2013 überwiesene Postulate	6
4	Nicht abgerechnete Bau- und Sonderkredite.....	9
5	Nicht abschliessend behandelte Berichte und Anträge des Gemeinderates	9
6	Verzeichnis der nicht behandelten parlamentarischen Vorstösse, Stand	
	31.08.2013.....	9
6.1	Dringliche Motionen	9
6.2	Motionen.....	10
6.3	Dringliche Postulate	10
6.4	Postulate.....	10
6.5	Dringliche Interpellationen	10
6.6	Interpellationen	10
6.7	Einfache Anfragen	10
6.8	Petitionen.....	10
7	Antrag.....	11

Sehr geehrter Herr Einwohnerratspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren Einwohnerräte

1 Ausgangslage

Art. 3 Abs. 4 Ihrer Geschäftsordnung vom 26. Juni 2008 bestimmt, dass die Ratsmitglieder zur ersten Sitzung im Amtsjahr ein Verzeichnis der unerledigten Geschäfte sowie der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite erhalten. Ferner ist gemäss Art. 74 Abs. 10 und Art. 75 Abs. 8 der Geschäftsordnung bei den vor mehr als 12 Monaten erheblich erklärten Motionen und Postulaten zu begründen, weshalb diese noch nicht behandelt wurden.

Wir ersuchen Sie, von diesem Bericht und Antrag zustimmend Kenntnis zu nehmen und verweisen auf die nachstehenden Anträge betreffend der Abschreibung von Motionen und Postulaten.

2 Motionen

2.1 Vor mehr als 12 Monaten erheblich erklärte Motionen (Art. 74 Abs. 10)

2.1.1 Röllli Urs, FDP, und Mitunterzeichnende: Planungsbericht zur Immobilienstrategie der Gemeinde Horw Nr. 267/2011, eing. 11.04.2011, ang. 14.04.2011

Um dem Einwohnerrat die Entscheidungen zu erleichtern, sind Grundlagen für eine nachhaltige Liegenschaftspolitik der Gemeinde Horw unabdingbar. Der Gemeinderat hat dem Einwohnerrat eine Immobilienstrategie vorzulegen.

Infolge Wechsels in der Departementsleitung, aber auch in Folge fehlender Grundlagen (Zustandsanalysen), wurde Ihnen bisher der 2. Teil der Immobilienstrategie nicht vorgelegt. Zudem fehlten, aufgrund der vielen laufenden Projekte, die Ressourcen um eine seriöse Strategie auszuarbeiten.

Diverse Entscheide von Volk (Stirnrüti) und Einwohnerrat (keine Verkaufsbemühungen im Jahr 2013) haben die Ziele gemäss Bericht und Antrag Nr. 1428 "Planungsbericht Liegenschaftspolitik" nicht gestützt, weshalb eine neue Ausgangslage entstanden ist. Eine gemächlichere Gangart ist insbesondere in der Veräusserung von Liegenschaften notwendig geworden. Es ist uns ein Anliegen, Vorlagen auszuarbeiten, welche Ihre grossmehrheitliche Zustimmung finden. Verschiedene Projekte sind in Bearbeitung oder wurden einer Lösung zugeführt. Die Liegenschaft Baufeld G wurde verkauft, die Liegenschaft im Sand wurde für 10 Jahre, zu einem für die Gemeinde lukrativen Zins, neu vermietet. Die Abgabe im Baurecht der Liegenschaft alter Werkhof haben Sie genehmigt. Beim Bauland Stirnrüti wurde zusammen mit der privaten Grundeigentümerin eine Testplanung (ähnlich Architekturwettbewerb) durchgeführt, bei welchem am 20. August 2013 das Siegerprojekt erkoren wird. Wir werden nun voraussichtlich auch den Auftrag zu einem gemeinsamen Gestaltungsplan mit der Alfred Müller AG erteilen. Nach Vorliegen des Gestaltungsplanes werden wir Ihnen einen Vorschlag über das weitere Vorgehen unterbreiten. Auf gemeindeeigenem Land im Dorfkern wurden 2 Grundstücke im Baurecht an Horwer Baugenossenschaften abgegeben und ebenfalls das Baufeld E Längsbau ist in Bearbeitung zur Abgabe im Baurecht an eine Baugenossenschaft. Im Moment laufen die Erhebungen für die Zustandsanalysen sämtlicher Liegenschaften im Besitz der Gemeinde Horw. Die Resultate, welche ein wichtiger Bestandteil für eine Immobilienstrategie sind, sollten bis Ende Jahr vorliegen. In der ersten Hälfte 2014 werden wir ihnen den 2. Teil der Immobilienstrategie vorlegen können.

2.1.2 Durrer Konrad, L2O, und Mitunterzeichnende: Einbindung der Zentralbahn in die Entwicklung der Zentrumszone Bahnhof Nr. 268/2011, eing. 27.04.2011, ang. 16.06.2011

Der Gemeinderat hat dem Einwohnerrat einen Planungsbericht zu unterbreiten, der die Zusammenarbeit mit der Zentralbahn aufzeigt.

In die Projektorganisation der Entwicklung des Bahnhofplatzes mit sämtlichen öffentlichen Nutzungen sind nicht nur die Zentralbahn, sondern auch alle anderen öffentlichen Partner wie Kanton und Verkehrsverbund eingebunden. Es fanden verschiedene Besprechungen mit Grundeigentümern statt. Ziel ist es, die Parzellen zu bereinigen und Landverhandlungen zu führen. Klare Grundlagen sind die Voraussetzung für die weiteren Verhandlungen mit allen Partnern. Diese werden zur Zeit erarbeitet. Zusammen mit dem Vorprojekt werden wir Ihnen die Zusammenarbeit und das weitere Vorgehen aufzeigen.

2.1.3 Luthiger Jürg, CVP, und Mitunterzeichnende: Altersgerechter und gemeinnütziger Wohnbau in Horw Nr. 269/2011, eing. 30.05.2011, ang. 20.10.2011

Der Gemeinderat hat einen Planungsbericht auszuarbeiten, der zeigt, wie sich der Gemeinderat der Frage "Altersgerechter und gemeinnütziger Wohnraum in Horw?" stellen will. Es ist eine Situationsanalyse und Beurteilung vorzunehmen.

Wir haben wegen fehlender Ressourcen erst mit der Grundlagenarbeit begonnen und werden Ihnen zu gegebener Zeit Resultate präsentieren.

2.1.4 Zemp Thomas, CVP: Planungsbericht "Entlastung pflegender Angehöriger" Nr. 272/2012, eing. 16.05.2012 ang. 24.05.2012

Angehörige nehmen bei der Betreuung von kranken und pflegebedürftigen Menschen daheim eine zentrale Rolle ein. Sie sind eine wichtige Ressource in unserem Gesundheitswesen und stellen mit ihrer Leistung eine enorme finanzielle Entlastung für das Gemeinwesen und die Versicherungen dar. Diese Betreuungsarbeit ist aber häufig sehr anspruchsvoll und kann Angehörige an die Grenze ihrer physischen und psychischen Belastbarkeit bringen. Der Gemeinderat hat die Situation in Horw zu analysieren und einen Planungsbericht auszuarbeiten.

Sie werden diesen Herbst den Planungsbericht zum neuen Altersleitbild erhalten. Darin wird ein Projekt "Wohnen im Alter" empfohlen, welches auch die Thematik der Entlastung von pflegenden Angehörigen in einer Gesamtschau aufnehmen wird.

2.2 Im Amtsjahr 2012/2013 erheblich erklärte Motionen

2.2.1 Bider Markus, CVP, und Mitunterzeichnende: Zonen für preisgünstigen Wohnraum Nr. 274/2012, eing. 19.10.2012, ang. 24.01.2013

Die attraktive Wohnlage der Gemeinde Horw wirkt sich sowohl auf die Bauland- als auch auf die Immobilienpreise aus. Damit Horw auch in Zukunft über eine gut durchmischte Bevölkerung verfügt und es auch künftig erschwinglichen Wohnraum gibt wird der Gemeinderat beauftragt, einen Vorschlag zur gesetzlichen Regelung der Sicherstellung von preisgünstigem Wohnraum auszuarbeiten.

Preisgünstiger Wohnraum ist zurzeit ein Thema, das viele Gemeinden und Fachgremien beschäftigt. Durch den Besuch verschiedener Veranstaltungen zum Thema haben wir mit der Grundlagenarbeit begonnen.

2.2.2 Zemp Thomas, CVP, und Mitunterzeichnende: Reglement Feuerwerke Nr. 278/2013, eing. 21.01.2013, ang. 23.05.2013

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine gesetzliche Grundlage vorzubereiten mit dem Ziel, dass für das Abbrennen von Feuerwerk im Minimum eine Meldepflicht eingeführt wird, so dass Feuerwerksaktivitäten publiziert werden können.

Die Motion wurde am 23. Mai 2013 überwiesen, daher konnte erst mit den Abklärungen begonnen werden. Resultate liegen noch keine vor.

3 Postulate

3.1 Vor mehr als 12 Monaten überwiesene Postulate (Art. 75 Abs. 8)

3.1.1 Albisser Michael, L2O, und Mitunterzeichnende: Überarbeitung des Reglements über die Abstellflächen auf privatem Grund (Parkplatzreglement) Nr. 427/1997, eing. 28.05.1997, ang. 11.09.1997 (von Motion umgew.)

Das Postulat verlangt die Überarbeitung des Reglements über die Abstellflächen auf privatem Grund (Parkplatzreglement).

Das Parkplatzreglement wurde im Rahmen der Revision der Ortsplanung überprüft. Die Erkenntnisse sind in den Entwurf des neuen Parkplatzreglements, welches auf dem Musterreglement des Kantons aufbaut, eingeflossen. Zusammen mit LuzernPlus klären wir eine mögliche

Abstimmung unter den Agglomerationsgemeinden ab. Der Bericht und Antrag ist noch in Erarbeitung. Nach der ersten Lesung ist vorgesehen, die Vorprüfung beim Kanton durchzuführen und anschliessend folgt mit der 2. Lesung die Beschlussfassung.

3.1.2 Haessig Dieter, FDP, und Mitunterzeichnende: Alterswohnungen im neuen Ortskern Nr. 438/1998, eing. 18.06.1998, ang. 29.04.1999 (teilweise überwiesen ohne Ziff. 2.)

Das Postulat wünscht in Anlehnung an die gültige Initiative, dass im Bebauungsplan Ortskern ideale Grundlagen für den Bau von Alterswohnungen geschaffen werden. Im Weiteren ist abzuklären, ob für die Erstellung von Alterswohnungen geeignete Subventionsmöglichkeiten angeboten werden.

Die Baurechtsverträge mit den Baugenossenschaften Steinengrund und Familie wurden abgeschlossen. Darin ist die Verpflichtung enthalten, 25 % Alterswohnungen zu erstellen. Auch die Verhandlungen beim Baufeld E sind aufgenommen und auch da werden im Sinne der Gleichbehandlung die selben Auflagen gemacht. Falls die Stiftung Betagtenzentrum ebenfalls als Bauherrin auftritt, wird sie in ihrem Teil nur Alterswohnungen erstellen. Baufeld F1 und F2 wird im Winter 2013 mit dem Bau der Häuser starten. So werden in Zukunft einige Alterswohnungen im Zentrum entstehen.

Antrag

Wir beantragen Ihnen, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

3.1.3 Hediger Urs, CVP: Betagtenwohnungen im Horwer Zentrum Nr. 554/2005, eing. 23.03.2005, ang. 22.09.2005

Gemäss Postulant ist es nach Abschluss der ersten Etappe des neuen Horwer Zentrums Zeit, sich über die Nutzung des noch unüberbauten Teiles zwischen Gemeindehausplatz und Oberstufenschulhaus Klarheit zu verschaffen. Dabei sei dem Anliegen zur Erstellung von zusätzlichen Betagtenwohnungen grosse Beachtung zu schenken. Der Postulant ersucht den Gemeinderat, zwecks schneller Realisierung von weiteren Betagtenwohnungen mit der Stiftung Betagtenzentrum Horw oder weiteren Interessenten in Kontakt zu treten und dem Einwohnerrat einen entsprechenden Bericht und Antrag zu unterbreiten, welcher vorsieht, dass das betreffende Gelände, unter Berücksichtigung der unbestrittenen Ansprüche der benachbarten Schulen, zur Überbauung für Betagtenwohnungen freigegeben wird.

Siehe Stellungnahme zum Postulat Nr. 438/1999 von Haessig Dieter.

Antrag

Wir beantragen Ihnen, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

3.1.4 Durrer Konrad, LZO, und Mitunterzeichnende: Gefahrenreduktion auf der Seestrasse Nr. 577/2006, eing. 23.05.2006, ang. 16.11.2006

Die Seestrasse als Zubringerstrasse für die Anlieger, als ein beliebtes Spazier-, Flanier-, Skating- und Jogginggebiet bringe verschiedene Interessen zusammen. Dieses Nebeneinander sei nicht immer ganz konfliktfrei. Deshalb bittet der Postulant den Gemeinderat, folgende Massnahmen zu prüfen:

- Konsequente Durchsetzung des Fahrverbots
- Barriere beim Spissen anbringen mit Code für Anwohner/-innen
- Rigorose und häufige Tempokontrollen
- Temporeduktion mit durchgehend Tempo 30
- Einführung einer befristeten Begegnungszone bei den Badeplätzen EAWAG und Rüteli in den Sommermonaten.

Das Betriebs- und Gestaltungskonzept wurde diese Jahr mit der erweiterten Kommission Halbinsel erarbeitet und liegt im Entwurf vor. Sobald wir es verabschiedet haben, werden wir Ihnen einen Planungsbericht vorlegen.

3.1.5 Röllli Urs, FDP, und Mitunterzeichnende: Aufhebung des Fahrverbots für Velos in der alten Bahnstufunterführung Nr. 608/2008, eing. 14.10.2008, ang. 16.10.2008 (Punkte 1 und 3)

Die Unterführung mit Treppen- und Rampenzugang beim Bahnhof Horw ist mit einem Fahrverbot versehen. Die Unterführung wird schon heute vielfach – verbotenerweise – von Radfahrern benutzt. Dies ist verständlich, weil es eine sichere und praktische Verbindung zwischen Sternried und Bahnhof-/Ebenastrasse ist.

Die Aufhebung des Fahrverbots für Velos – begleitet von Sicherheitsmassnahmen für die Fussgänger und Radfahrer – kann diesen Weg zwischen Spitz und Dorf aufwerten. Der Gemeinderat wird u.a. aufgefordert, das Fahrverbot für die Unterführung aufzuheben

bzw. bei der Miteigentümerin zu beantragen und entsprechende Sicherheitsmassnahmen für Radfahrer und Fussgänger (inkl. Personabgänge) in der Bahnhofsunterführung vorzunehmen.

Der Bebauungsplan Zentrumszone Bahnhof sieht einen Ausbau der Personenunterführung vor, so dass diese auch durch Radfahrerinnen und Radfahrer genutzt werden darf. Der Ausbau soll in Abhängigkeit und Koordination mit den privaten und öffentlichen Bauten und Anlagen beim Bahnhof in den nächsten Jahren passieren. Im Finanz- und Aufgabenplan sind die dazu notwendigen Mittel ausgewiesen.

Die zb hat zur Steigerung der Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger in der Mitte und an beiden Enden der Unterführung Abweisbügel mit Fahrverbotstafeln montiert.

3.1.6 Bider Markus, CVP, und Mitunterzeichnende: Optimierung der Förderungsmassnahmen für erneuerbare Energien Nr. 633/2012, eing. 20.04.2012, ang. 21.06.2012

Auf das Förderprogramm Photovoltaik soll ab 2013 verzichtet werden. Die freigesetzten Mittel sollen - über mehrere Jahre kumuliert - zur Steigerung der Energieeffizienz der öffentlichen Bauten verwendet werden.

Das Förderprogramm der Gemeinde Horw wird jedes Jahr in Zusammenarbeit mit der Umwelt- und Energiekommission überprüft und aktualisiert. Die Energieberatung und der GEAK (Gebäudeenergieausweis der Kantone) sind wichtige Bausteine des Horwer Förderprogramms und werden weiterhin gefördert. Neu werden Quartierworkshops mit den Themen Heizen, Lüften und Handhabung kontrollierte Lüftung, Gebäudeerneuerung, Energiesparen im Haushalt angeboten. Zurzeit wird das Programm für die Quartierworkshops ausgearbeitet. Die Quartierworkshops zu Energiethemen sollen nächstes Jahr beginnen. Im Sinne des Postulats wurde auf die weitere Förderung der Photovoltaikanlagen für Private verzichtet. Auf den öffentlichen Gebäuden werden wie gefordert Photovoltaikanlagen erstellt.

Antrag

Wir beantragen Ihnen, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

3.1.7 Biese Jürg, FDP, und Mitunterzeichnende: Alternativ-Standort Spielgruppe Allmend Nr. 634/2012, eing. 27.04.2012, ang. 24.05.2012

Der Gemeinderat hat eine Integration der Spielgruppe Allmend in die Neubauten auf den Baufeldern E, F1 im neuen Oberstufenschulhaus oder an einem besseren Standort (im Bereich "Horw Mitte") zu prüfen und umzusetzen. Dabei ist insbesondere auf die Anliegen dieser Einrichtung einzugehen.

Anlässlich Ihrer Sitzung vom 20. Juni 2013 haben Sie den Erwerb von Stockwerkeigentum im Kopfbau Ost beschlossen. Darin enthalten sind auch Räumlichkeiten als Ersatz für die heutigen Spielgruppen-Standorte Kindergarten Ebenau und Pavillon Allmend. Im Kopfbau Ost werden zwei Räume von 50 bzw. 60 m² und ein Garderobenraum sowie zwei Toiletten erstellt. Mit diesen beiden Räumen ist der weitere Bedarf für die nächsten Jahre abgedeckt.

Der Pavillon Allmend wird ab Inbetriebnahme der Räume im Kopfbau Ost ausschliesslich durch die Musikschule benützt. Im Pavillon Ebenau wird ein weiterer Kindergarten betrieben.

Antrag

Wir beantragen Ihnen, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

3.2 Im Amtsjahr 2012/2013 überwiesene Postulate

3.2.1 Strässle-Erismann Ruth, FDP, und Mitunterzeichnende: Familienbetreuung, Nr. 635/2012, eing. 28.08.2012, ang. 18.10.2012

Im Finanz- und Aufgabenplan 2013 bis 2018 ist ersichtlich, dass die Kosten der Betreuungsangebote kontinuierlich steigen. Gleichzeitig ist festzustellen, dass die traditionellste Form der Kinderbetreuung (Tagesmütter, Tagesväter), für die die Gemeinde am wenigsten aufwenden muss, rückläufig ist.

Der Gemeinderat soll die heutige Ausgangslage aufzeigen, welche Anreize geschaffen werden müssen, um die Familienbetreuung (Tagesmütter, Tagesväter) wieder zu attraktivieren und ob im Vergleich mit anderen Angeboten finanzielle Vorteile entstehen.

Tagesfamilien sind nach wie vor ein bedeutsamer Bereich bei Familie Plus. Sie weisen eine hohe Flexibilität in der Betreuung aus (Randzeiten können abgedeckt werden, massgeschneiderte Angebote sind möglich), bieten ein familiäres Umfeld an und sind kostengünstiger als Kita-Plätze. Per 1. August 2013 stehen 27 Tagesfamilien zur Verfügung. Seit 2010 sind die geleisteten Betreuungsstunden relativ stabil geblieben. Diese liegen zwischen 15'000 und 16'000 Stunden im Jahr.

Die Nachfrage nach Tagesfamilien ist grösser als unser Angebot. Es ist schwierig neue Tagesfamilien zu finden. Die Familienmodelle haben sich verändert. Immer mehr Frauen arbeiten Teilzeit. Die Betreuung von Kindern verfügt über wenig Sozialprestige und die Stundenlöhne sind tief. Zudem sind qualifizierte Frauen in der Wirtschaft immer mehr gefragt.

Im Vergleich zu anderen Gemeinden war der Stundenlohn in Horw eher tief angesetzt. Daher haben wir in den letzten zwei Jahren den Stundenansatz in zwei Etappen von Fr. 6.00 auf Fr. 7.00 (plus Ferienentschädigung) erhöht.

Tageseltern haben die Möglichkeit, eine Weiterbildung zu besuchen, um sich zusätzlich zu qualifizieren. Vor allem der fachliche Austausch ist für viele Tageseltern wichtig und wird ermöglicht, um die Attraktivität dieses Einsatzes zu verbessern. Häufig beenden die Tagesfamilien jedoch ihr Engagement, wenn die eigenen Kinder weniger oder keine Betreuung mehr benötigen.

Der nationale Verband will die Perspektiven von Tagesfamilien ebenfalls verbessern. Neu kann das Label "Tagesmutter plus" erworben werden. Zudem werden sich die Kinderbetreuungsverbände zusammenschliessen, was sicher weitere Verbesserungen mit sich bringen wird.

Es werden somit auf verschiedensten Ebenen die nötigen Anreize für diese Form der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung geschaffen.

Antrag

Wir beantragen Ihnen, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

3.2.2 Pieper-Berdux Heidi, FDP, und Mitunterzeichnende: Reduzierung des Mindestarbeitspensums im Kirchfeld von 60 % auf 30-40 % Nr. 637/2012, eing. 15.10.2012, ang. 22.11.2014

In der Vergangenheit ist es im Kirchfeld nicht gelungen, das benötigte Fachpersonal zu rekrutieren. In diesem Zusammenhang wird der Gemeinderat aufgefordert zu prüfen, das bestehende Mindestarbeitspensums von 60 % auf 30-40 % herabzusetzen und die Arbeitspensum bei Neueinstellungen flexibler zu handhaben. So könnten auch Frauen mit Fachausbildung, die zwischenzeitlich in der Familienarbeit stehen und nur mit einem kleinen Pensum arbeiten möchten, angestellt werden.

Die Stelleninserate für freie Stellen im Pflegedienst wurden seit 1. November 2012 ohne Pensumsangabe ausgeschrieben (Luzerner Zeitung, Homepage Kirchfeld, Schaukasten Gemeinde Horw).

Im Blickpunkt Horw und in der Zeitschrift Krankenpflege vom SRK wurde im Inserat zusätzlich erwähnt, dass Teilzeitangestellte gesucht werden.

Die eingetroffenen Bewerbungen wurden erfasst. Es zeigte sich, dass bei allen Berufsgruppen einzelne Anfragen für Teilzeitpensum unter 80 % eingegangen sind.

In diesem Jahr waren es bis 30. Juni 2013 von 43 Bewerbungen drei Bewerbende, welche eine Anstellung mit weniger als 60 % suchten. Zehn Personen haben keine Angaben gemacht.

Neu konnte einem Fachmann Gesundheit eine Anstellung von 25 % ermöglicht werden. Zuvor arbeitete er zu 100 % im Betrieb. Aufgrund des gewünschten Arbeitspensums wurden keine Bewerbungen zurückgewiesen.

Wir werden die Stellen im Pflegedienst weiterhin ohne Pensum einschränkung ausschreiben.

Antrag

Wir beantragen Ihnen, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

3.2.3 Zemp Thomas, CVP: Mitfinanzierung Langsamverkehrsachse (Rückbau Zentralbahntrasse) Nr. 640/2013, eing 22.01.2013, ang. 24.01.2013

Die Stadt Luzern plant, mit geschätzten Projektkosten von 4.8 Mio. Franken, das stillgelegte Trasse der Zentralbahn in eine Langsamverkehrsachse umzubauen. Da im Gegensatz zu Horw sowohl die Stadt Luzern als auch die Gemeinde Kriens im Voranschlag 2013 Investitionskosten für dieses Projekt ausgewiesen haben, wird der Gemeinderat gebeten, den Einwohnerrat beim Entscheid über eine allfällige Mitfinanzierung dieses Projektes in geeigneter Art zu involvieren. Vorausgesetzt, dass ein solcher Entscheid überhaupt in die Kompetenz des Gemeinderates fällt.

Wir haben an die Stadt Luzern einige Fragen gerichtet. Die Antworten sind noch ausstehend. Erst anschliessend kann definitiv über eine Mitfinanzierung der Langsamverkehrsachse entschieden werden.

3.2.4 Bucher Peter, LZO, und Mitunterzeichnende: Solaranlagen auf Schulhäusern Nr. 641/2013, eing. 25.01.2013, ang. 25.04. 2013

Der Einwohnerrat hat bei der Budgetdebatte 2013 den Posten von 20'000 Franken für die Förderung von privaten Photovoltaik-Anlagen gestrichen.

Mit dem Förderungsprojekt "Solarstrom macht Schule" bieten die CKW den Gemeinden an, zwei Drittel der Investitionskosten von Photovoltaik-Anlagen auf Schulhäusern zu übernehmen und der Postulant erachtet dies als gute Gelegenheit, eine gemeindeeigene, effiziente Anlage zu erstellen. Damit könne dieses wichtige Thema den Jugendlichen verständlich nähergebracht werden. Der Gemeinderat wird gebeten, die konkreten Bedingungen für den Bau einer solchen Anlage zu klären und dem Einwohnerrat bis spätestens vor der Sommerpause eine Liste möglicher Projekte mit verschiedenen Vorgehensoptionen bezüglich Investition und Betrieb vorzulegen, damit eine allfällige Investition im Budget 2014 geplant werden kann.

Die CKW conex wurde beauftragt, elf gemeindeeigene Bauten bezüglich der Eignung ihrer Dachflächen für Photovoltaikanlagen zu untersuchen. Neben der Eignung der Dachflächen werden der Energieertrag berechnet sowie die Kosten für die Investition, Unterhalt und Amortisation geschätzt. Der Bericht ist in Erarbeitung und wird Ihnen im Herbst vorgelegt.

3.2.5 Eichmann Roger, CVP: Baugesuch Hochleistungsmobilfunkantenne Stutzhöhe (St. Niklausen) Nr. 643/2013, eing. 12.03.2013, teilweise ang. 21.03.2013

Die Firma Sunrise Communications SA hat ein Baugesuch für den Ersatz der bestehenden Mobilfunkantenne auf einem gemeindeeigenen Grundstück auf der Stutzhöhe eingereicht. Aus den publizierten Gesuchsunterlagen ist ersichtlich, dass die Gesamtleistung der neuen Mobilfunkantenne 26'610 Watt (!) betragen soll. Das heisst, dass die Sendeleistung der neuen Mobilfunkantenne Stutzhöhe – im Vergleich zur bestehenden Anlage - um das 26fache erhöht werden soll.

Der Gemeinderat wird ersucht, dafür besorgt zu sein, dass das Baugesuch in dieser Form nicht bewilligt und die maximale Sendeleistung auf ein quartierverträgliches Mass – nicht über 5'000 Watt – reduziert wird.

Wir haben das Gesuch prüfen lassen und ein Gespräch mit der Gesuchstellerin geführt. Mit der Erweiterung und Erneuerung der Mobilfunkanlage ist die Versorgung mit den Funkdiensten UMTS und LTE vorgesehen. Das Gesuch hält alle Grenzwerte ein. Von Sunrise, Swisscom und Polycom wird ein zusätzlicher Sektor Richtung See geführt. Wir liessen prüfen, wie stark die Beeinträchtigung der Anwohnenden durch den Sektor Richtung See ist. Das Ergebnis zeigt, dass dadurch der Anteil der Immissionen weniger als 10 % beträgt. Das Besondere an dieser Anlage ist, dass drei Mobilfunkanbieter und die Polycom auf demselben Mast sind, deshalb mussten alle Beteiligten bei ihren Leistungsansprüchen schon Konzessionen machen. Mit dieser Gemeinschaftsanlage kann verhindert werden, dass in demselben Einzugsgebiet eine Vielzahl von Mobilfunkanlagen errichtet werden müssen. Die Belastung auf den vom Postulat geforderten Wert zu reduzieren ist bei dieser Gemeinschaftsanlage nicht möglich.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass seit dem ersten Gesuch der Sunrise die Mobilfunkanlage Stutz auszubauen zehn Jahre vergangen sind. In dieser Zeit gab es Quantensprünge in der Mobilfunktechnologie und dem Nutzerverhalten. Gegenwärtig verdoppelt sich das Datenvolumen auf schweizerischen Mobilnetzen etwa alle 12 - 14 Monate. Das betroffene Gebiet ist heute unterversorgt.

Das weitere Vorgehen wird sein, die Baubewilligungsfähigkeit des Gesuchs vollständig zu überprüfen, die zahlreichen Einsprachen abzarbeiten und die Auswirkung einer zusätzlichen Leistungsreduktion zu prüfen. Erst nach Vorliegen der Ergebnisse werden wir als Grundeigentümerin definitiv entscheiden, ob vor Vertragsabschluss eine zusätzliche Leistungsreduktion gefordert wird.

3.2.6 Meier Claudia, LZO, und Mitunterzeichnenden: Grün- und Freiflächenkonzept im Ortskern Nr. 644/2013, eing. 23.11.2012, von Motion in Postulat umgew. am 21.03. 2013

Mit der geplanten Bautätigkeit im Ortskern verdichtet Horw im Zentrum, wodurch die Grün- und Freiflächen immer grössere Bedeutung gewinnen. Die Flächen stellen sicher, dass die Siedlung trotz Verdichtung einen Aufenthaltsraum zur Erholung und zum Verweilen erhält. Um sicherzustellen, dass Grün- und Freiflächen die notwendige hohe Qualität erreichen, müssen sie bewusst und mit hoher Priorität geplant und behandelt werden. Deshalb wird der Gemeinderat aufgefordert, ein zusammenhängendes einheitliches Grün- und Freiflächenkonzept im Ortskern, im Perimeter Ringstrasse, Kantonsstrasse, Schulstrasse und Bahngeleise zu erstellen. Dabei wird davon ausgegangen, dass der Gemeinderat ein einheitliches, vernetztes Grün- und Freiflächenkonzept über das gesamte Siedlungsgebiet im Auge behält.

Zur Zeit ist ein Aussenraumprogramm in Erarbeitung, das die Grundlage für die Auftragserteilung an die Planer geben wird.

3.2.7 Dissler Esther, CVP, und Mitunterzeichnende: Überprüfung der Kostenstruktur und Taxgestaltung Kirchfeld Nr. 647/2013, eing. 24.05.2013, ang. 20.06.2013

Seit der Einführung der Pflegefinanzierung per 1. Januar 2011 hat die Rechnung der Gemeinde eine massive Mehrbelastung erfahren: 2.75 Mio. im 2011 und 3.61 Mio. Franken im 2012. Tendenz steigend. Ebenfalls seit Einführung der Pflegefinanzierung erwirtschaftet das "Kirchfeld - Haus für Betreuung und Pflege" Ertragsüberschüsse in der Grössenordnung von 1 Mio. Franken jährlich. Es stellt sich nun die Frage, wie weit diese Überschüsse mit den Pflegefinanzierungskosten in Zusammenhang stehen und der Gemeinderat wird gebeten, die Kostenstruktur und die daraus folgende Gestaltung der Aufenthalts- und Pflegetaxen zu überprüfen.

Aufgrund dieser Überschüsse beauftragten wir das Finanzdepartement, zusammen mit dem Kirchfeld, eine vertiefte Ursachenanalyse durchzuführen. Zur Zeit findet die Evaluation der externen Begleitung statt.

4 Nicht abgerechnete Bau- und Sonderkredite

<u>B+A-Nr.</u>	<u>Sachgeschäfte</u>	<u>Datum</u> <u>ER-Beschluss</u>
1352	Ausbau und Neugestaltung St. Niklausenstrasse, Abschnitt Post Kastanienbaum – Utohorn	18.10.2007
1447	Sanierung Pumpwerke und Regenklärbecken	14.04.2011
1455	Sanierung Gemeindehaus, Vorlage 2011	22.09.2011
1470	Projektierungskredit und Kostenvoranschlag Oberstufenschulhaus	15.03.2012
1480	Sanierung Schwimmhalle Spitz	28.02.2013
1493	Ersatz Wärmepumpe und Ölheizung Schulhaus Kastanienbaum	28.02.2013
1494	Instandhaltung Schulhaus Allmend	21.03.2013
1504	Photovoltaikanlage Schulanlage Spitz	20.06.2013

5 Nicht abschliessend behandelte Berichte und Anträge des Gemeinderates

<u>B+A-Nr.</u>	<u>Sachgeschäfte</u>
1488	Teiländerung Zonenplan im Gebiet Wegmatt
1496	Sanierung und Erweiterung Oberstufenschulhaus
1505	Provisorien für die Sanierung und Erweiterung Oberstufenschulhaus bzw. die Sanierung Gemeindehaus

6 Verzeichnis der nicht behandelten parlamentarischen Vorstösse, Stand 31.08.2013

6.1 Dringliche Motionen

Keine

6.2 Motionen

- 6.2.1 Röllli Urs, FDP, und Mitunterzeichnende: Planungsbericht zu "Outsourcing medizinische Fremdleistung" in Form eines Bericht und Antrag bzw. Businessplan
Nr. 279/2013, eing. 25.01.2013

6.3 Dringliche Postulate

Keine

6.4 Postulate

- 6.4.1 Postulat von Jürg Luthiger, CVP, und Mitunterzeichnende: Förderung der Strassengenossenschaften
Nr. 645/2013, eing. 26.04.2013
- 6.4.2 Schwegler Heiri, LZO, und Mitunterzeichnende: Pilotbetrieb zur Erschliessung des Kirchfelds
Nr. 646/2013, eing. 21.05.2013
- 6.4.3 Postulat von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnende: Rüteli: Treppenzugang zum See verbessern
Nr. 648/2013, eing. 26.06.2013
- 6.4.4 Röllli Urs, FDP, und Mitunterzeichnende: Kunststoff- / Plastik-Sammelstelle
Nr. 649/2013, eing. 05.07.2013

6.5 Dringliche Interpellationen

Keine

6.6 Interpellationen

- 6.6.1 Dissler Esther, CVP: Pflegefinanzierung
Nr. 622/2013, eing. 22.04.2013
- 6.6.2 Eichmann Roger, CVP: Sicherheit auf Fussgängerstreifen – Meldung der Strassenopfer-Stiftung Roadcross
Nr. 624/2013, eing. 08.05.2013
- 6.6.3 Luthiger Jürg, CVP, und Mitunterzeichnende: Kooperationen in der Informatik
Nr. 626/2013, eing. 24.05.2013
- 6.6.4 Durrer Konrad, LZO, und Mitunterzeichnende: Erdbehrschgefahr in Horw
Nr. 627/2013, eing. 24.05.2013

6.7 Einfache Anfragen

Keine

6.8 Petitionen

Keine

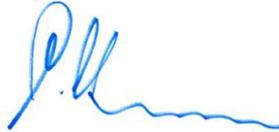
7 Antrag

Wir beantragen Ihnen

- das Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.
- die Postulate Nrn. 438/1998, 554/2005, 633/2012, 634/2012, 635/2012 und 637/2012, als erledigt abzuschreiben.



Markus Hool
Gemeindepräsident



Daniel Hunn
Gemeindeschreiber

E I N W O H N E R R A T

Beschluss

- nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag Nr. 1499 des Gemeinderates vom 8. August 2013
 - gestützt auf den Antrag der Geschäftsprüfungs-, der Bau- und Verkehrs- sowie der Gesundheits- und Sozialkommission
 - in Anwendung von Art. 3 Abs. 4 und Art. 74 Abs. 10 sowie Art. 75 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates vom 26. Juni 2008
-

1. Das Verzeichnis der unerledigten Geschäfte und der nicht abgerechneten Bau- und Sonderkredite wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Postulate Nrn. 438/1998, 554/2005, 633/2012, 634/2012, 635/2012 und 637/2012 werden als erledigt abgeschrieben.

Horw, 19. September 2013

Ruth Strässle
Einwohnerratspräsidentin

Daniel Hunn
Gemeindeschreiber

Publiziert: